



# Perspektiven 2007

## «Welche Perspektiven für den Nahen und Mittleren Osten?»

Vortrag von Ulrich Tilgner

Im Rahmen der Veranstaltung «Perspektiven für den Wirtschaftsstandort Zentralschweiz»

Donnerstag, 26. Oktober 2006, 17.30 Uhr

Konzertsaal des Kultur- und Kongresszentrums Luzern

### Executive Summary

Der Nahe Osten befindet sich mit dem Bürgerkrieg im Irak, den Kämpfen in Afghanistan und der Eskalation des Atomkonflikts mit dem Iran erneut in einer schwierigen Situation. Wenn es nicht gelingt, den Dialog mit dem Iran fortzusetzen, könnte sich dies auf die ganze Region verheerend auswirken.

Die Lage in Afghanistan ist gekennzeichnet durch Armut, eine schlechte Gesundheitsversorgung und Rechtlosigkeit. Mit misslungenen militärischen Einsätzen und der unfruchtbaren Arbeit der Hilfsorganisationen ist die westliche Politik gescheitert. Im Irak präsentiert sich die Situation gar noch aussichtsloser. Durch die unzureichende Berücksichtigung kultureller Hintergründe und durch die militärischen Einsätze der US-Amerikaner hat sich in der Zivilbevölkerung eine breite Front gebildet. Diese wird von den Terrornetzwerken gekonnt zu ihren Gunsten genutzt. Die Rückkehr zu alten Stammestradiationen, die Konflikte nach dem Prinzip der Blutrache austragen, und die rasche Verbreitung des Internets als medialer Plattform für den Terror lassen ein Auseinanderbrechen des Landes auf Dauer befürchten.

Im Nahen Osten erweist sich der Atomkonflikt mit dem Iran als Schlüssel für die politische Zukunft der ganzen Region. Ein militärischer Einsatz würde die Geschlossenheit der Iraner gegen aussen noch verstärken. Der Westen unterschätzt dieses Land mit seinen immensen Rohstoffen und seiner gut ausgebildeten Bevölkerung permanent. Der Iran nimmt im Nahen Osten eine zentrale Stellung ein: Wenn es gelingt, den Dialog aufrechtzuerhalten, wird sich dies auf alle Konfliktherde im Nahen Osten positiv auswirken. Die politische Lage zeigt sich offen. Wenn Gespräche mit dem Iran die Lage nicht zu beruhigen vermögen und der Druck auf das Land stetig steigt, droht das mittlerweile grosse Reservoir an potenziellen Selbstmordattentätern aus «religiöser Pflicht» weiter zu wachsen.